19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Thorsten Weiß (AfD)**

vom 14. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. April 2025)

zum Thema:

Tödlicher Messerangriff im U-Bahnhof Sophie-Charlotte-Platz

und **Antwort** vom 6. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. Mai 2025)

Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22366

vom 14. April 2025

über Tödlicher Messerangriff im U-Bahnhof Sophie-Charlotte-Platz

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorwort:

Am 12.04.2025 kam es zu einem tödlichen Messerangriff in einer U-Bahn.¹ Am Samstag soll laut Polizei ein Syrer (43) einen Deutschen (29) in einer U-Bahn am U-Bahnhof Sophie-Charlotte-Platz mit einem Küchenmesser niedergestochen und tödlich verletzt haben. Beide Personen sollen Polizei- und justizbekannt gewesen sein. Anschließend wurde der Angreifer von der Polizei gestellt und bedrohte auch diese mit dem Küchenmesser. Ein Beamter gab daraufhin mehrere Schüsse aus seiner Dienstwaffe ab. Der Angreifer erlag nach einer Not-OP seinen Verletzungen.

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat zum Täter?
2. Aufgrund welcher Delikte war der Täter der Justiz und der Polizei Berlin bereits bekannt? Bitte nach Delikten und Verurteilungen aufschlüsseln.

Zu 1. und 2.:

Zu dem Tatverdächtigen sind verschiedene Delikte wie Körperverletzung, Sachbeschädigung, Erschleichen von Leistungen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und Bedrohung erfasst, wobei Verurteilungen durch

¹ <https://www.bz-berlin.de/polizei/kommt-jetzt-messer-verbot-bus-bahn>

unterschiedliche Gerichte erfolgten. Insgesamt wurde der Tatverdächtige sowohl zu Geldstrafen als auch zu Freiheitsstrafen, die – mit einer Ausnahme – jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden, verurteilt. Weitere Erkenntnisse können nicht mitgeteilt werden, da es sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren handelt.

3. Welche Erkenntnisse hat der Senat zum Aufenthaltsstatus des Täters? War der Täter ausreisepflichtig?
4. Lagen die Voraussetzungen für eine Durchsetzung der Ausreisepflicht nach dem Aufenthaltsgesetz beim Täter vor, insbesondere auch hinsichtlich einer Abschiebehaft oder eines Abschiebegewahrsams?

Zu 3. und 4.:

Bei der tatverdächtigen Person handelte es sich um einen syrischen Staatsangehörigen, der seit dem Jahr 2016 als Geflüchteter anerkannt war. Eine Ausreisepflicht lag nicht vor, womit die genannten Maßnahmen nicht in Betracht kamen.

5. Inwiefern hätte ein bereits bestehendes Messerverbot in Bussen und Bahnen die Tat vom 12. April 2025 konkret verhindern können?
6. Inwiefern verhindern Maßnahmen des Senats wie der Koordinierungsstelle für Messerstraftaten beim LKA, der Fahrerlaubnisentzug bei Messerdelikten oder Messerverbotzonen konkret Messergewalt?

Zu 5. und 6.:

Die nachhaltige Bekämpfung von Messerstraftaten kann nur behördenübergreifend durch ein breites Spektrum unterschiedlicher Maßnahmen in dem bewährten Dreiklang Prävention, Intervention und Repression erreicht werden. Daher wurde durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Zusammenarbeit mit der Polizei Berlin die Berliner Strategie gegen Messerkriminalität entwickelt. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Intensivierung zielgruppenspezifischer Präventionsmaßnahmen und der ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Hinsichtlich konkreter Präventionsmaßnahmen wird auf die Beantwortung der Frage 14 verwiesen.

Die Koordinierungsstelle für Messerstraftaten im Landeskriminalamt Berlin als wichtiger Bestandteil der Strategie gegen Messerkriminalität arbeitet täter- und phänomenorientiert. Das bedeutet, dass sie (täterorientiert) sicherstellt, dass alle Maßnahmen, die im Einzelfall rechtlich möglich sind, auch mit aller Konsequenz ausgeschöpft werden. Dadurch werden der Aktionsradius und die Tatgelegenheiten so weit wie möglich eingeschränkt.

Die Einrichtung von Waffen- und Messerverbotzonen ist ein weiterer zentraler Baustein der Berliner Strategie gegen Messerkriminalität. Mit der damit einhergehenden Kontrollbefugnis gemäß § 42 c des Waffengesetzes (WaffG) ist es möglich, frühzeitig einzuschreiten und bereits vor dem Vorliegen des Verdachts einer konkreten Straftat oder einer konkreten Gefahr zu kontrollieren, mögliche Tatmittel einzuziehen und auf diese Weise Gefahren zu verhüten. Der erhöhte Kontrolldruck durch verdachtsunabhängige Kontrollen führt dazu, dass Messer und Waffen gar nicht erst mitgeführt werden. Dieser Ansatz folgt weit verbreiteten Kriminalitätstheorien (Kontrolltheorien, „Kontroll-Ratio“). Als Ergänzung zu den personenorientierten Maßnahmen können Waffen- und Messerverbotzonen so einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, die Mitnahme von Waffen und Messern im öffentlichen Raum insgesamt zu reduzieren und dadurch die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

7. Inwiefern sieht der Senat einen Bedarf, bestehende Messerverbotzonen auf den ÖPNV auszuweiten?

Zu 7.:

Eine Ausweitung der bereits kraft Gesetzes für den öffentlichen Personenfernverkehr geltenden Waffen- und Messerverbote auf den gesamten ÖPNV in Berlin ist ein wichtiger Baustein zur nachhaltigen Reduzierung von Messern im öffentlichen Raum und schließt eine Lücke zu den Maßnahmen, die die Bundespolizei im Bereich der S-Bahn bereits ergreift. Senatorin Spranger hat am 17. April 2025 angekündigt, dem Senat zeitnah den Entwurf einer Verordnung über das Verbot des Führens von Waffen und Messern im ÖPNV vorzulegen. Im Übrigen wird auf die Ausführung zu den Fragen 5. und 6 verwiesen.

8. Welche empirischen Daten oder Studien zieht der Senat zur Bewertung der Wirksamkeit von Messerverbotzonen heran?

Zu 8.:

Die Polizei Berlin evaluiert fortlaufend die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen und passt diese gegebenenfalls an. Hierzu werden Daten aus den verschiedenen polizeilichen Informationssystemen ausgewertet. Zentrale Quelle bildet dabei die Polizeiliche Kriminalstatistik, die in Berlin schon seit mehreren Jahren das Tatmittel „Messer“ ausweist und eine systematische Erfassung und umfassende Auswertung ermöglicht.

9. Wie viele Messerangriffe fanden seit der Einführung von Verbotszonen innerhalb ihrer Geltungsbereiche statt? Bitte aufschlüsseln Messerverbotszone und Fälle.

Zu 9.:

Die angegebenen Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Datawarehouse Führungsinformation (DWH FI) entnommen. Da das DWH FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung erfassten Daten widerspiegelt, unterliegt der Datenbestand einer fortlaufenden Änderung. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen. Insbesondere beim Themenbereich der Waffenverwendung, hier zur Frage der erfassten Messerangriffe, kann eine entsprechende Kennzeichnung auch deutlich später erfolgen. Die Waffen- und Messerverbotszonen Görlitzer Park, Kottbusser Tor und Leopoldplatz wurden zum 15. Februar 2025 eingeführt. Der tabellarischen Übersicht kann entnommen werden, dass die Anzahl der erfassten Messerangriffe für den Zeitraum 15. Februar bis 14. April 2025 gering ist.

Delikt		2025
WMVZ Görlitzer Park		1
hiervon	gefährliche Körperverletzung, sonstige Tatörtlichkeit	1
	Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	0
	Raub	0
WMVZ Kottbusser Tor		0
hiervon	Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	0
	Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	0
	Raub	0
WMVZ Leopoldplatz		3
hiervon	Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	0
	Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	2

	Raub	1
--	------	---

Quelle: DWH FI, Stand: 15. April 2025

Durch die Kontrollmaßnahmen an den drei Waffen- und Messerverbotzonen wurden dabei von der Polizei Berlin bis Anfang Mai 91 Waffen und Messer beschlagnahmt.

10. Wie hat sich der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Phänomenbereich „Messerangriff“ seit 2020 im Land Berlin entwickelt?

Zu 10.:

Die Daten zur Anzahl der tatverdächtigen Personen im Phänomenbereich „Messerangriff“ wurden der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) entnommen.

	2020	2021	2022	2023	2024
tatverdächtige Personen insgesamt	1.947	2.132	2.428	2.575	2.532
hiervon nicht deutsche	963	1.102	1.234	1.378	1.472
Anteil in %	49,5	51,7	50,8	53,5	58,1

Quelle: PKS, Stand: 15. April 2025

11. Wie erklärt der Senat den Umstand, dass laut Polizeilicher Kriminalstatistik Berlin 2024 mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen (58,1%) im Phänomenbereich „Messerangriff“ keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten?

Zu 11.:

Bei der PKS handelt es sich um eine Ausgangsstatistik, in der lediglich die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten erfasst werden. Die PKS kann eine Grundlage für die Analyse von verschiedenen Kriminalitätsphänomenen bieten. Jede Interpretation dieser Daten erfordert jedoch eine differenzierte Betrachtung.

Die Staatsangehörigkeit, die Herkunft oder der kulturelle Hintergrund tatverdächtiger Personen sind kein maßgeblicher Erklärungsansatz für die Bereitschaft zu Messerangriffen. Keine der hier bekannten Kriminalitätstheorien stellt auf die Staatsangehörigkeit als Ursache für Kriminalität ab. Vielmehr sind die Einflussfaktoren für Messerangriffe vielfältig, hoch komplex und stehen u. a. auch im Zusammenhang mit den Entwicklungen im Bereich der allgemeinen Gewaltkriminalität.

12. Wie stellt der Senat sicher, dass die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Messerkriminalität nicht nur symbolpolitisch, sondern wirksam und überprüfbar erfolgt?

Zu 12.:

Die getroffenen polizeilichen Maßnahmen werden fortwährend kontrolliert, bewertet und auf ihre Wirksamkeit überprüft.

13. Welche präventiven oder repressiven Maßnahmen hat der Senat ergriffen oder geplant, um die Zahl der Messerangriffe im öffentlichen Raum zu reduzieren?

Zu 13.:

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 5, 6 und 14 verwiesen.

14. Welche präventiven Programme existieren speziell für junge Männer mit Migrationshintergrund zur Gewaltprävention? Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um integrationspolitische Defizite zu beheben, die zur Gewaltneigung beitragen könnten?

Zu 14.:

Die im Rahmen der Projekte durchgeführten (gewalt-)präventiven Angebote richten sich insbesondere auch an Jungen und junge Männer und tragen zur Behebung der Defizite im genannten Themenfeld bei.

Insbesondere wird das Neuköllner Rahmenkonzept „Prävention und Intervention bei Kinder- und Jugendkriminalität“ auf alle Berliner Bezirke gemäß der Beschlusslage des 2. Gipfels gegen Jugendgewalt vom 22. Februar 2023 ausgeweitet. Damit wird die strukturelle Verankerung der bezirklichen Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe im Strafverfahren, dem Regionalen Sozialpädagogischen Dienst im Jugendamt, der Schule, der Staatsanwaltschaft und den zuständigen Direktionen der Polizei fallübergreifend gesichert.

Beispiele von Präventionsangeboten:

Khallas – Es reicht!

Das Projekt bietet ein niederschwelliges, aufsuchendes Angebot für deviante junge Menschen mit arabischem Hintergrund, um weiterem delinquenten Verhalten

entgegenzuwirken. Familienangehörige, Freunde und weitere Sozialbezugspunkte werden hierbei einbezogen.

FreeWays

Das Projekt stellt übergangsweise Wohnraum für junge Haftentlassene zur Verfügung, deren perspektivische Wohnsituation noch weiter geklärt werden muss und die sich in einer Versorgungslücke befinden.

Spurwechsel

Das Projekt unterstützt junge Menschen im Jugendarrest mit einer niederschweligen sozialpädagogischen Entlassungsvorbereitung. Sie koordinieren die Schnittstelle zwischen Jugendarrestanstalt und der öffentlichen Jugendhilfe und fördern die Wiedereingliederung in das Hilfesystem.

Ehrenhaft

Das Projekt fördert und initialisiert ehrenamtliche Patenschaften für Kinder und Familien von inhaftierten Menschen.

Startpunkt

Das Projekt unterstützt die Wiedereingliederung junger Inhaftierter am Übergang zwischen Inhaftierung und Haftentlassung aus der Jugendstrafanstalt Berlin, bereitet diese vor und übernimmt die weitere Betreuung bis max. 6 Monate nach Haftentlassung.

Kick SchoolTeam

Sportorientierte Trainings für Willkommens- und IBA Klassen an Oberstufenzentren zu Themen wie Fairplay, Normen- und Werteentwicklung, Demokratiebildung, Gewalt- und Kriminalprävention, im interkulturellen Austausch in Kooperation mit der Polizei Berlin.

JARA

JugendAktionsRaum Alexanderplatz – Präventionsprojekt der aufsuchenden Jugendsozialarbeit an einem kriminalitätsbelasteten Ort, das jungen Menschen die Möglichkeit geben soll, sich zu treffen, anzukommen, sich zu integrieren und den Sozialraum „Alex“ positiv zu verändern, zu gestalten und zu bespielen.

Quartal

In diesem Projekt wird für besonders gefährdete junge Menschen mit Migrationshintergrund intensive sozialpädagogische Betreuungsarbeit, in Ergänzung zur Jugendbewährungshilfe und der zentralen Jugendhilfe im Strafverfahren, geleistet.

Clearingstelle

Das Projekt des Sozialpädagogischen Instituts Berlins fördert und entwickelt die Koordination und Vernetzung im Bereich der Jugendgewalt- und Kriminalprävention zwischen der Jugendhilfe, der Polizei, den Schulen und der Justiz und begleitet durch Mediation bei Konflikten.

Täter-Opfer-Ausgleich

Das Projekt ermöglicht jungen Menschen nach einer begangenen Straftat einen Ausgleich vor und während eines gerichtlichen Verfahrens unter besonderer Beachtung der Opferperspektive und sichert so den frühzeitigen Zugang zu Widergutmachungsleistungen.

TESYA®-Antigewalttrainings für Kinder und Jugendliche

Die Projekte bündeln seit 2006 Kompetenzen, langjährige praktische Erfahrungen und erprobte Konzepte im gewaltpräventiven Bereich.

Messer Machen Mörder

Das Projekt „Messer Machen Mörder“ ist ein Programm der Polizei Berlin gegen Messergewalt. Es wird an Berliner Oberschulen angeboten. Die Schülerinnen und Schüler lernen hierbei, dass sie sich mit einem Messer selbst und andere verletzen können. Sie sollen deshalb darauf verzichten, ein Messer mit sich zu tragen. In Rollenspielen werden alternative, gewaltfreie Konfliktlösungen erarbeitet. Derzeit wird das Projekt evaluiert.

Rechtsstaat und Demokratie

Das Projekt „Rechtsstaat und Demokratie“ der Programmagentur wird an Berliner Schulen für Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klassen durchgeführt. Ziel ist es, das Rechtsbewusstsein von Jugendlichen zu stärken und sie dazu zu bringen, geltende Rechtsnormen zu akzeptieren.

Kiezorientierte Gewaltprävention

Es werden 52 Projekte auf bezirklicher Ebene aus dem Förderschwerpunkt: „Prävention von Jugendgewalt/ Gewaltprävention im öffentlichen Raum“ gefördert.

Präventive Maßnahmen der Polizei Berlin

Die Polizei Berlin bietet unterschiedliche Gewaltpräventionsmaßnahmen an, die aufgrund der angestrebten Wirkung einen potentiellen Einfluss auf das Mitführen und Einsetzen von Messern haben können. Der Fokus liegt hierbei auf

- dem Aufbau sozialer Kompetenzen (insbesondere bei Kindern und Jugendlichen) und einem ausgeprägten Gefahren-/ Risikobewusstsein für Gewaltkonflikte,
- einem möglichst sicheren Umgang mit Gewaltkonflikten und der dafür notwendigen Vermittlung von Handlungskompetenzen zur Deeskalation, um Eskalationsprozesse zu verhindern,
- der Stärkung der subjektiven Sicherheit mit dem Ziel der Verhinderung des Mitführens von vermeintlichen Schutzwaffen, insbesondere von Messern,
- aktives Verhaltenstraining zur Wiederholung, Vertiefung und Einprägung gewaltfreier und waffenloser Konfliktbewältigungsstrategien durch Rollenspiele.

15. Welche Rolle spielen kulturelle oder sozialisationsbedingte Unterschiede in der Gewaltprävention des Landes Berlin?

Zu 15.:

Die Konzipierung von Maßnahmen basiert auf der Erkenntnis, dass es diverse Risikofaktoren für Gewalt gibt. Diese sind unter anderem Armut, Diskriminierung, Traumata, das Festhalten an einem fehlgeleiteten Verständnis von Männlichkeit, erlebte Gewalt, erlebter (sexualisierter) Missbrauch, prekäre Wohn- und Lebenssituationen sowie psychische Belastungen bzw. Erkrankungen.

16. Wird der Senat aufgrund der Entwicklung der Zahlen im Bereich der Ausländerkriminalität seine Migrationspolitik ändern und sich für eine echte Zeitenwende in der Migrationspolitik, wie im Antrag 19/1899 gefordert, einsetzen?

Zu 16.:

Die Migrationspolitik des Senats basiert auf den Grundsätzen der Humanität sowie Sicherheit und Ordnung. Der Senat bekennt sich zur Durchsetzung der Rückführung von Ausreisepflichtigen und wahrt zugleich humanitäre Grundsätze bei der Aufenthaltsbeendigung. Priorität hat dabei insbesondere die schnelle und konsequente Rückführung von Gefährdern und Straftätern. Für diesen Personenkreis werden die nach Bundesrecht möglichen Maßnahmen bereits zielgerichtet genutzt. Forderungen zur Ermöglichung der Rückführung von Straftätern und Gefährdern auch nach Afghanistan und Syrien werden durch den Senat nachdrücklich unterstützt.

Berlin, den 6. Mai 2025

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport